

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

F/XIX/183

Bonn, den 24. September 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1	<u>Belohnte Zähligkeit</u>	35
	Zum Abschluss des Berliner Passierschein-Abkommens	
2 - 3	<u>Klare Fragen - verschwommene Antworten</u>	71
	Bundesminister Lücke antwortet auf Kleine SPD-Anfragen Von Reinhard Scheele	
4	<u>SPD-Abgeordneter traf seine Lebensretter</u>	51
	Der ehemalige Panzerleutnant Helmut Bazille feierte Wiedersehen im Frankenwald	
5	<u>De Gaulles längste Reise</u>	49
	Heiß umstritten Von unserem Pariser Korrespondenten Georg Scheuer	

+ + +

Belohnte Zähigkeit

Zum Abschluss des Berliner Passierschein-Abkommens

sp - Viele hunderttausende Bürger und Bürgerinnen Westberlins können nach Monaten zermürbender Ungewissheit wieder freier aufatmen. Das neue und verbesserte Abkommen über die Passierscheine ermöglicht ihnen, wenn auch nur kurzbefristet, den Besuch bei ihren Verwandten jenseits der die Stadt trennenden Mauer. Geduld und Zähigkeit der westlichen Verhandlungsführung haben sich gelohnt. Die Bemühungen des Berliner Senats im Einklang mit der Bundesregierung, den Zusammenhalt der durch Willkür geteilten Berliner zu stärken, blieben nicht ohne Erfolg. Das Abkommen gilt für ein Jahr, und es kann, wenn es eine Seite wünscht, wieder verlängert werden. Das ist ein grosser Fortschritt.

Rüßig ist es, nun darüber zu streiten, wer am schliesslichen Gelingen den grösseren Anteil hat. Es gab im Hin und Her oft Krisenpunkte, der Abschluss des Abkommens schien gefährdet. Was sich in diesem Zusammenhang auf der Bonner Bühne abspielte, gehört nicht gerade zu den Ruhmesblättern der Nachkriegsgeschichte. So manchen kefiel die Angst vor dem eigenen Mut und er verlor dabei den Blick für das übergeordnete Ganze. Doch das gehört nun der Vergangenheit an. Verzeichnen wir mit Genugtuung den Sieg der besseren Einsicht und den Triumph der Humanität.

Zu Weihnachten und Neujahr 1963/64 war, zur Überraschung der ganzen Welt, ein Wunder geschehen; das Wunder der Begegnung von Millionen Deutschen, die durch Mauer und Eisernen Vorhang getrennt sind. Der Wille zur Wiedervereinigung des deutschen Volkes tat sich überzeugend kund, er zerstörte die Illusion, die Deutschen hätten sich mit der Teilung abgefunden.

Die Kommunisten versuchen zwar, die Spaltung unseres Volkes als Dauerzustand zu vorowigen, sie finden ihre stärkste Unterstützung bei den mächtiger Herren in Krenl. Doch sie schwimmen gegen den Strom der Geschichte. Sie verkennen die Macht des Willens eines Volkes, wieder zusammenzufügen, was zusammengehört. Dieser Wille ist eine nicht zu übersiehende Realität, auf die Dauer stärker als Mauer und Stacheldraht. Er wird in der nun wieder ermöglichten Begegnung von Millionen Deutschen einen aller Welt sichtbaren Ausdruck finden.

Klare Fragen - verschwommene Antworten

Bundeswohnungsbauminister Lücke antwortet auf Kleine SPD-Anfragen
Von Reinhard Scheele

Die Antworten des Bundeswohnungsbauministers Lücke auf Fragen jeglicher Art sind in dem Maße durch propagandistische Redewendungen gekennzeichnet, in dem sie sachliche Ausführungen vermissen lassen. Insofern sollte man bei Fragen an die Bundesregierung, die in das Ressort des Wohnungsbauministers fallen, von vornherein nicht allzuviel erwarten.

Diese Erfahrung wird durch eine Antwort auf eine Kleine Anfrage der SPD-Fraktion zur Ermittlung über Kündigungen von Mietverhältnissen bestätigt. Gefragt wurde nach der Bereitschaft der Bundesregierung, unverzüglich die Voraussetzungen für amtliche Erhebungen über den Umfang der seit der Aufhebung der Wohnraumbewirtschaftung und des bisherigen Mieterschutzes ausgesprochenen Kündigungen zu schaffen, diese Erhebungen durchzuführen und dem Bundestag alsbald über das Ergebnis zu berichten.

In der Antwort hierzu stellt die Bundesregierung einen Gesetzentwurf in Aussicht, nach dem 1965 eine Repräsentativstatistik auf dem Gebiet des Wohnungswesens, wobei die nach dem 1. November 1963 gekündigten Hauptmietverhältnisse erfaßt werden, erstellt werden soll.

Wer weiß, wie lange die Ausarbeitung derartiger Statistiken benötigt, kann schon jetzt voraussehen, daß die Ergebnisse frühestens nach der Bundestagswahl im Herbst 1965 greifbar sein werden. Es ist doch eigentlich unverständlich, daß der Bundeswohnungsbauminister, der doch immer nur von Kündigungsziffern um ein Prozent spricht, auf die Möglichkeit, seine Annahme statistisch zu untermauern und damit sein Persönlichkeitsbild zur Wahl aufzubessern, verzichtet. Oder sollte er in geheimen Ergebnisse befürchten, die besser erst nach der Wahl veröffentlicht werden?

Wie dem auch sei, den Sozialdemokraten liegt lediglich an einer objektiven Ermittlung der Kündigungsziffern und nicht daran, einen zusätzlichen Wahlschlager zu bekommen. Die von Kündigungen betroffenen Mieter werden ohnehin wissen, wie sie sich zu entscheiden

24. September 1964

haben. Dennoch wäre eine baldige Ermittlung wünschenswert, um eventuell aufgrund der Ergebnisse handeln zu können, bevor es zu spät ist. Mit der ständigen Wiederholung, daß nach Auffassung der Bundesregierung Wohnbeihilfen und Kündigungsschutz genügend soziale Sicherung enthalten, ist es nicht getan. Im übrigen gehört schon sehr viel Mut dazu, das vollkommen unzulängliche Widerspruchsrecht als wirksamen Kündigungsschutz zu bezeichnen.

Wenn es in der Antwort weiter heißt, daß von einer Häufung der Kündigungen in weißen Kreisen nichts bekannt sei, so möchten wir den Blick des Ministers auf Dortmund richten, wo in den letzten Tagen allein ein Hausbesitzer 107 Mietverhältnisse gekündigt hat und auf Duisburg - erst seit 14 Tagen weißer Kreis -, wo bis jetzt schon 674 Kündigungen offiziell bekanntgeworden sind.

Weiterhin wurde die Bundesregierung gefragt, ob sie bereit sei, eine gesetzliche Regelung vorzubereiten, nach der zum Zwecke der statistischen Erfassung der Entwicklung auf dem Wohnungsmarkt nach der Aufhebung der Wohnraumbewirtschaftung Vermieter verpflichtet werden, der Gemeindebehörde eine erfolgte Kündigung mitzuteilen. Das sozialdemokratische Ansinnen wurde u.a. abgelehnt mit der fäderscheinigen Begründung, daß damit in unzumutbarer Weise in die Rechtsposition des Vermieters eingegriffen würde. Wieso - so fragt sich selbst der neutrale Beobachter - gilt eigentlich nicht das gleiche für die Mieter von öffentlich geförderten Wohnungen, die ja bekanntlich nach neuen Plänen des Hauses Lücke zukünftig nicht einmal nur der Behörde, sondern sogar dem Vermieter jede Einkommensverbesserung anzeigen sollen. Wäre außerdem die von den Sozialdemokraten vorgeschlagene Meldepflicht nicht bereits ein Erfolg, wenn dadurch auch nur wenige Vermieter von Kündigungen ohne hinreichenden Grund oder aus maßlossem Gewinnstreben abgehalten würden?

Was dann weiter zur Begründung folgt, sind die in der Form zwar etwas abgewandelten, im Inhalt aber gleichen nichtssagenden Ausführungen, deren tieferer Sinn nur sein kann, über die tatsächlichen Schwierigkeiten auf dem Wohnungsmarkt hinwegzutäuschen und uns ein Bild friedlicher Ausgeglichenheit vorzugaukeln. Diese Ausweichmentver des Bundeswohnungsministers wurden bereits oft genug kritisiert.

Wann endlich wird auch Minister Lücke begreifen, daß die Bevölkerung von seinen schönen Reden genug hat und endlich Taten sehen will?

SPD-Abgeordneter traf seine Lebensretter

Der ehemalige Panzerleutnant Helmut Bazille
feierte Wiedersehen im Frankenwald

H.B. - Ein herzliches Wiedersehen feierte der Heilbronner SPD-Bundestagsabgeordnete Helmut Bazille nach 22 Jahren mit seinen Lebensrettern, dem Arzteehepaar Dr. Josef Tudyka und Dr. Gisela Tudyka, in Naila/Oberfranken. Bazille, der Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Kriegsopfer- und Heimkehrerfragen sowie Hauptvorstandsmitglied des VdK ist, weilte am Wochenende in Bad Steben, wo er nach einer Sternwanderung vor den VdK-Ortsvereinen des mittleren Frankenwaldes über aktuelle Fragen der Kriegsopferversorgung sprach. Bei dieser Gelegenheit traf er das Mediziner-Ehepaar wieder, das ihm um die Jahreswende 1942/43, als er an der Ostfront schwerste Verwundungen erlitten hatte, mit acht Operationen die linke Hand rettete und dem völlig deformierten Gesicht des Panzerkommandanten und Leutnants Bazille wieder ein menschliches Aussehen gab.

In einem Hotel in der Kreisstadt Naila tauschten Helmut Bazille und der heutige Chefarzt des Nailaer Kreiskrankenhauses, Dr. Tudyka, sowie dessen Ehefrau Erinnerungen aus. "Ich kann mich noch genau an ihre Stimme erinnern, als ich eine Woche, nachdem ich bei Wjasma aus dem brennenden Panzer geholt worden war, in Breslau bei einer kurzen Unterbrechung meiner tiefen Bewußtlosigkeit vernahm: 'Der Mann muß heraus!'", sagte Bazille über die schrecklichsten Stunden seines Lebens. Dr. Tudyka, der in dieser schweren Zeit ein Zivilkrankenhaus in Breslau mit 150 Betten leitete und schon viel Leid und grauenhafte Verstümmelungen gesehen hatte, schrak dennoch zurück, als er den acht Tage zuvor am Hauptverbandsplatz angelegten Verband vom Gesicht des Schwerverwundeten löste. Bis zur Unkenntlichkeit waren die Gesichtszüge verbrannt. Auch die linke Hand des Leutnants schien kaum zu retten. "Nehmen Sie mir die Hand ab", flehte der Patient; aber Dr. Tudyka nahm den Kampf um die Erhaltung der Hand auf. Insgesamt operierte er Helmut Bazille achtmal. Das Unwahrscheinliche gelang: Dem jungen Offizier blieben Leben, Augenlicht und Hand erhalten. Die kühnen Operationen und die rührende Pflege von damals sind Bazille unaufhörlich ins Gedächtnis eingegraben: "Solche Verbrennungen überlebt kaum jemand. Auch wurde ich immer wieder bewußtlos und - das dürfen Sie beide ohne falsche Bescheidenheit für sich in Anspruch nehmen - mußte immer von neuem dem Leben zurückgegeben werden", sagte der Abgeordnete in einer kurzen Ansprache.

Dr. Tudyka erinnert sich trotz der Vielzahl der Verwundeten, die durch seine Hände gingen, noch an das verstümmelte Gesicht vor einst und lobt den zähen Lebenswillen von Helmut Bazille, ohne den dieser die schweren Verwundungen nicht überlebt hätte. Das heute noch vom Kriege gezeichnete Antlitz des einstigen Leutnants und Panzerkommandanten läßt nur ahnen, welch' hohes Maß an ärztlicher Kunst es in jener Zeit brauchte, um die Folgen der schweren Verwundungen so sehr zu mildern. Dennoch stellte ein Teilnehmer an dem VdK-Treffen in Bad Steben die Frage: "Kamerad Bazille, hat Dir eigentlich Bundeskanzler Erhard ins Gesicht gesehen, als er im Dezember und Januar gegen die Kriegsopfer zum 'Maßhalten' aufforderte?" Die Frage steht noch im Raume. Denn natürlich hat Helmut Bazille sie nicht beantwortet.

De Gaulles längste Reise

Heiß umstritten

Von unserem Pariser Korrespondenten Georg Scheuer

Frankreichs zuständige Kreise halten nun bis Mitte Oktober den Atem an: de Gaulles Südamerikareise wurde nicht nur von der Medizinischen Fakultät, sondern auch von einer Reihe von Ministern mißbilligt. Der greise Präsident und faktisch absolute Regierungschef der 5. Republik setzt sich täglich und stündlich Gefahren aus, die in keinem Verhältnis zu den politischen oder wirtschaftlichen Ergebnissen einer derartigen Marathondreise stehen können.

"Ewiges Frankreich"

Auch der persönliche Prestigeerfolg, auf den der General abzielt, dürfte nur von kurzer Dauer sein. Interessanterweise wird aber seine Reise von einem Widersacher begrüßt, von dem man es nicht erwartet hätte, nämlich von dem im südamerikanischen Exil lebenden Georges Bidault, dem geistigen Führer der rechtseradikalen Untergrundorganisation. Bidault betrachtet de Gaulles Staatsvisite in Lateinamerika als Besuch des "ewigen Frankreich", als historisch bleibende Leistung, unabhängig von der Persönlichkeit des derzeitigen Staatspräsidenten. Spekuliert der verbannte OAS-Chef mit solchen Worten auf eine baldige Amnestie, oder spricht aus ihm echter sentimentaler Patriotismus?

Wie dem auch sei, de Gaulles heiß umstrittene Reise, die längste seiner siebenjährigen Amtszeit, ist zweifellos ein geschichtliches Ereignis: zum ersten Mal besucht ein europäischer Staatsmann die zehn südamerikanischen Republiken in derart systematischer Weise, mit sorgfältiger politischer Vorbereitung.

De Gaulles These

Warum gerade jetzt? Er zieht den Schluß aus seiner These, nach welcher die Nachkriegszeit zu Ende ist: die beiden Großmächte USA und UdSSR seien nicht mehr allein, der Aufstieg einer dritten Großmacht - nämlich China - führe zu einer völlig neuen Weltlage. Frankreich müsse in dieser neuen Situation, ungehindert von überholten Vorstellungen und veralteten Bindungen, um neue Weltgeltung ringen.

Daß es dabei mit den Großmächten weder finanziell noch militärisch konkurrieren kann, ist auch dem französischen Präsidenten klar. Er verzichtet es daher mit persönlichen und kulturellen Prestige, ohne auf wirtschaftliche Argumente zu verzichten. De Gaulles ursprüngliche Vorschläge einer massiven Wirtschaftshilfe wurden von Finanzminister Giscard d'Estaing aus naheliegenden Gründen nicht akzeptiert.

Keine massive Wirtschaftshilfe

Außenminister Couve de Murville fand eine Art Kompromiß. Das System der massiven Hilfe (z. B. 750 Millionen F = 150 Millionen \$ 1963 für Mexiko) soll nicht auf andere südamerikanische Staaten ausgedehnt werden. Künftig will Frankreich Industrietechniker, Ingenieure und Professoren zur Verfügung stellen, verbunden mit einer finanziellen Hilfe zur Förderung privater Kapitalinvestitionen; alles in allem einige hundert Millionen F. De Gaulle kann also durch persönliche Prestige höchstens "einen Weg öffnen", der aber nur durch wirklich vereinigte Zusammenarbeit zum Ziel führen könnte.

+ + +